Pressestimmen zur Kanzlerrede.

Die ausländische Presse steht unter dem Eindruck, daß die jüngste Rede des Reichskanzlers eine für die innerpolitische Lage des Deutschen Reichs sehr bedeutungsvolle Kundgebung sei.

Der Pariser ‚Temps' hält es für verfrüht, sich mit den etwaigen Folgen einer

Veränderung im Reichskanzleramt

zu befassen. Eine entscheidende Wendung werde wohl erst die nächste Zeit bringen. Eins aber dürfe man schon heute ausdrücklich hervorheben: Der ehedem sehr fühlbar gewesene Unterschied in der Machtvollkommenheit der halbhistorischen westlichen Parlamente und des grundsätzlich krisenfeindlichen Deutschen Reichstags beginne sich immer mehr zu verwischen.

In den deutschen Zeitungen wird vor allem die Frage des Rücktritts des Reichskanzlers erwogen. So schreibt die ‚Kreuzztg.': „Der Reichskanzler gedenkt zu bleiben, so lange der Kaiser glaubt, daß seine Mitwirkung in der inneren und äußeren Politik nützlich sei und so lange er selbst nach seiner eigenen politischen Überzeugung und nach seiner Beurteilung der Lage glaube, nützlich wirken zu können. Und das wird hoffentlich noch lange Zeit für ihn möglich sein. Der Reichskanzler hat erklärt, daß er sich nicht entschließen werde, dem Bundesrate Steuern zu empfehlen, die Handel und Verkehr erschweren und die wirtschaftliche Lage verschlechtern. Er hat ferner betont, daß die notwendige Summe von 500 Mill. Mk. aufgebracht werden müsse. Diese Ziele der Reichsfinanzreform können und werden erreicht werden."

Auch die ‚Deutsche Tagesztg.' äußert sich in diesem Sinne: „Wir halten es auch für ausgeschlossen, daß ein so real denkender Staatsmann wie Fürst Bülow aus einem Festbleiben der Konservativen persönliche Folgerungen ziehen könnte; das kann offenbar nicht, wie einzelne Stimmen im Reichstage meinten, der Sinn seiner letzten Worte sein. Fürst Bülow kann schon deshalb an diese Folgerung nicht denken, weil die Finanzreform darunter schwer leiden würde, das kann er als Patriot nicht wollen."

Die ‚Germania' nennt die Rede eine große Enttäuschung und hält dem Reichskanzler u. a. entgegen: „Wer vermöchte es in seiner Eigenschaft als Zentrumsmitglied über sich zu bringen, dem Manne gegenüber in gesellschaftlichen Verbindungen zu bleiben, der u. a. mit dem Worte von der „antinationalen Arroganz" des Zentrums jeden Zentrumsangehörigen tief beleidigt hat? Der Ausdruck eines Ärgers über den gesellschaftlichen Ausschluß war demnach durchaus unbegründet. Auf das Zentrum wird dieser neue Angriff freilich keinen besonderen Eindruck machen, da die Person des Fürsten Bülow hier nicht so sehr in Frage kommt, als die Sache der Reichsfinanzreform, an deren Zustandekommen das Zentrum mitzuarbeiten gewillt ist."

Der sozialdemokratische ‚Vorwärts' schreibt: „Fürst Bülow fand viele Worte, aber nicht das entscheidende: Seine

Verteidigung der Erbanfallsteuer

war nur mehr ein Rückzugsgefecht. Daß Fürst Bülow nicht der Mann ist, den Kampf gegen die agrarische Macht aufzunehmen, das sind die Junker nach der heutigen Rede noch sicherer als je zuvor. Dieses liberale Hirngespinst hat sie keinen Moment lang bange gemacht. Das fühlte auch Fürst Bülow und so zog er es vor, sich selbst die politische Grabrede zu halten nach dem Motto: Über die Toten nichts als Gutes. Es war zugleich die Grabrede für die Erbschaftssteuer. Trügt nicht alles, so stehen die Agrarier vor ihrem Triumph, wenn nicht noch im letzten Moment der Widerstand der Volksmassen ihnen den Raub entreißt."

Der freisinnige ‚Börsen-Kurier' dagegen meint: „Man hat dem Fürsten Bülow oft genug Mangel an Entschiedenheit vorgeworfen. Von seiner letzten Rede aus kann ihm dieser Vorwurf nicht gemacht werden . . . . Man kann sich über dieses offene Bekenntnis Bülows von Herzen freuen. Es zeigt, daß ihm, dem konservativen Mann, der auch jetzt wieder für die konservative Grundrichtung seiner eigenen Anschauungen ein offenes Bekenntnis ablegte, der beredt die ‚Junker' gegen die Kritik des Liberalismus verteidigte — es wirklich ernst ist mit seiner

Wertschätzung des Liberalismus

als gesetzgeberischen Faktors."

Die ‚Schles. Ztg.' schreibt: „Daß Fürst Bülow im großen und ganzen recht hat mit seiner Kritik der Parteien, darüber wird man sich im deutschen Volke ziemlich einig sein, und ebenso in dem Wunsche, den er trotz allem mit Nachdruck ausgesprochen hat, daß noch in letzter Stunde trotz der Schwierigkeit der politischen Situation, trotz der bedauerlichen Gespanntheit des Verhältnisses zwischen den bürgerlichen Parteien dennoch im Reichstage Gemeinsinn, nationales und soziales Empfinden den Sieg davon tragen möchten über Kleinlichkeit und Parteigezänk!

Deutscher Reichstag.

Am 17. d. wird die erste Lesung der Ersatzsteuern zur Reichsfinanzreform fortgesetzt.

Abg. Graf v. Westarp (kons.): Der Reichskanzler hat gestern gemeint, er wolle nicht dazu beitragen, daß die Liberalen von der Mitwirkung an der Reichsfinanzreform ausgeschlossen werden. Auch wir wünschen, daß sich für das Zustandekommen der Reform eine Mehrheit aus allen bürgerlichen Parteien findet. Wir geben die Hoffnung nicht auf, daß die Herren von der Linken aus ihrer ablehnenden Haltung heraustreten werden. Verbesserungsvorschläge würden wir eingehendst und wohlwollendst prüfen. Die neue Erbanfallsteuer ist für uns mit ebenso schweren Bedenken verbunden wie die Nachlaßsteuer. Schon nach dem jetzigen Entwurf sehen wir die Erbanfälle schwerer belastet, als es bei der Nachlaßsteuer der Fall war. Aber das Hauptbedenken ist für uns die Besteuerung der Kinder und Ehegatten. Die Kotierungssteuer haben wir aus den Vorlagen der Regierung vom Jahre 1893/94 entnommen. Bei ihr lassen wir über Einzelheiten mit uns reden, für die Sache selbst treten wir nach wie vor ein. Ohne eine genügende Heranziehung des mobilen Kapitals können wir am Zustandekommen der Finanzreform nicht mitarbeiten.

Abg. Singer (soz.): Das einzige, was wir aus der Rede des Grafen Westarp herausgehört haben, war die Rücksicht auf das konservative Portemonnaie. In dem Augenblick, wo die Konservativen die Gewähr haben, daß am preußischen Wahlrecht nichts geändert wird, werden auch sie sofort ein ganz andres Gesicht zu der Reichsfinanzreform machen. Empfinden Sie nicht, welcher Hohn darin liegt, eine Finanzreform, die nur ein Fünftel dem Besitz und vier Fünftel dem Verbrauche auferlegt, sozial zu nennen? Wir bekämpfen diese Art von Steuerreform wie sie jetzt die Regierung uns vorlegt, entschieden und lehnen sie ab. Unsre Stellung zu den einzelnen hier vorgeschlagenen Steuern behalten wir uns vor. Eine wirkliche Finanzreform, die geeignet ist, dauernd Ordnung in die Finanzen zu bringen, und die wirtschaftlichen Quellen nicht verstopft, sind wir bereit, mitzumachen.

Abg. Spahn (Zentr.) wendet sich gegen die neue Erbschaftssteuer. Sie muß nicht nur aus Rücksicht auf die Landwirtschaft, sondern auch auf Industrie und Handwerk abgelehnt werden. Eine Schädigung des Familiensinns durch die Besteuerung der Kinder und Ehegatten sollte nicht in Abrede gestellt werden. Die Kotierungssteuer hat bis zu ihrer jüngsten Erhöhung völlig schadlos gewirkt. Man sagt, die Kotierungssteuer sei eine Einkommen- oder Vermögenssteuer. Sie ist aber nur eine einfache Stempelsteuer. Durch die Policensteuer wird der Mittelstand am schwersten getroffen. Die Nationalliberalen verlangen Auflösung des Reichstags, wenn es nicht nach ihren Wünschen geht. „Und der König absolut, wenn er unsern Willen tut." Wir haben den Kanzler nicht gesellschaftlich boykottiert, weil er den Reichstag aufgelöst hatte, sondern weil er uns der antinationalen Arroganz beschuldigte und uns damit aufs schwerste persönlich beleidigte. Wir machen unsre Haltung nur abhängig von der Rücksicht auf die Förderung des Deutschen Reiches und des deutschen Volkes.

Preuß. Finanzminister Frhr. v. Rheinbaben: Abg. Singer sollte nicht vergessen, daß die neuen Steuern vorwiegend nötig geworden sind durch die sozialpolitische Gesetzgebung und die Ausgaben für Heer und Marine, die zur Sicherung des Friedens unentbehrlich sind. Die Besitzanträge der Kommission werden nicht den von ihnen erhofften Ertrag liefern. Diese Anträge sind auch eine partielle Vermögenssteuer, gegen die ernstliche Bedenken bestehen. Wertpapiere und Aktien befinden sich nicht nur in den Händen von Wohlhabenden. Die Kotierungssteuer würde schon bei einem Objekt von 1000 Mark 6 Prozent ausmachen. Auch der Hypothekenverkehr muß leiden; die Steuer würde auf die Kreditnehmer abgewälzt werden. Noch bedenklicher wäre die Wirkung auf den Kredit der Provinzen, Kreise und Gemeinden. Gegen die Kotierungssteuer in der beschlossenen Form bestehen ernste und nicht überwindbare Bedenken. Aber im Grundgedanken sind wir einig und so werden wir uns wohl auch über die Form verständigen. Über die Erbanfallsteuer sind die Ansichten in allen Parteien bisher geteilt gewesen. Wir sollten alle in dem Bestreben einig sein, einen Weg zum Ziel zu finden. Heute ist es patriotische Pflicht, einzelne Bedenken zurückzustellen. Wer aus innerer Überzeugung eine frühere Meinung revidiert, um dem Vaterlande zu dienen, verdient nur Hochachtung. Weil unsre Entwicklung nach der industriellen Seite geht, müssen wir gerade für die Landwirtschaft sorgen.

Erbanfallsteuer schont die Landwirtschaft.

Nur 10 Prozent der selbständigen Landwirte fallen unter das Gesetz. Von einer unerträglichen Steuer kann nicht die Rede sein. Alle früher erhobenen Bedenken sind durch die Gestaltung der jetzigen Vorlage abgeschwächt worden. Wir bedauern, daß die Haltung der Linken bei den indirekten Steuern die Verständigung erschwert hat. Die Gegensätze sollten nicht unüberwindbar sein. An ihnen hat Freude nur das Ausland. Es ist ein Verhängnis, daß das Gold der deutschen Natur nur immer in den schwersten Tagen hervortritt. Prüfen Sie, ob Sie nicht der Hindernisse noch Herr werden können.

Abg. Fürst zu Hatzfeld (freik.) verliest eine Erklärung, nach der seine Fraktion es für notwendig hält, den Bedarf von 500 Millionen wirklich zu beschaffen, und daß ihre überwiegende Mehrheit der Erbanfallsteuer zustimmt, wenn dadurch das Zustandekommen der Reform gesichert ist.

Abg. v. Dziembowski-Pomian (Pole) lehnt eine Beteiligung an der politischen Erörterung ab, ist aber für Überweisung der Ersatzsteuern an die Kommission.

Am 18. d. wird die erste Lesung der Ersatzsteuern zur Reichsfinanzreform fortgesetzt.

Preuß. Handelsminister Delbrück wendet sich sehr scharf gegen die Kotierungssteuer, den Kohlenausfuhrzoll und die Mühlenumsatzsteuer. Namentlich die erste erklärte der Minister für völlig unannehmbar. Die Schwächung der Börse könne im Kriegsfalle direkt verhängnisvoll werden.

Abg. Wiemer (frs. Vp.): Wir wünschen, daß die Abstimmung über die Erbschaftssteuer in zweiter Lesung hier bald erfolgt. Der Kanzler meint, er wolle den liberalen Einfluß nicht ausschalten. Wir wollen mehr. Wir wollen, daß der Liberalismus die ganze Gesetzgebung und das ganze öffentliche Leben durchdringt. Wir haben uns von Anfang an bereit erklärt,

an der Neuordnung der Finanzen mitzuwirken.

Die 500 Millionen können nicht allein durch direkte Steuern aufgebracht werden. Wir wollen davon nur so viel wie möglich durch direkte Steuern aufbringen. Die Besteuerung der Wertpapiere lehnen wir ab, indem wir uns die Argumente der beiden preußischen Minister zu eigen machen. Wir lehnen auch die Mühlenumsatzsteuer als Erdrosselungssteuer, sowie den Kohlenausfuhrzoll ab.

Sächsischer Finanzminister v. Rüger: Die Reichsfinanzreform darf nicht weiter hinausgeschoben werden. Das Reich ist nach seiner ganzen Struktur im wesentlichen auf die indirekten Abgaben angewiesen. Deshalb ist die breite Masse des Volkes noch nicht überlastet. Auch der Familiensinn wird durch die Steuer nicht beeinträchtigt. Ich hoffe, wir kommen zu einer Verständigung über die Erbschaftssteuer, ohne die eine Reichsfinanzreform kaum möglich ist.

Abg. Raab (wirtsch. Vgg.): Die Regierungen könnten eine Reform haben, wenn sie wollten. Aber die Liberalen haben die Mitarbeit vorzeitig abgelehnt. Mir sind die Beschlüsse der Kommission durchaus nach dem Geschmack. Die Kotierungssteuer bringt nur, was sich wo anders seit fünfzig Jahren bewährt hat. Es heißt, wir schädigen den Börsenverkehr. Aber wollen denn die Herren von der Börse auswandern? Die Börse soll von 500 nur 60 Mill. aufbringen. Sie ist doch sehr gering eingeschätzt. Herr von Rheinbaben meint, die Kotierungssteuer sei eine Vermögenssteuer. Und die Besteuerung der Feuerversicherungspolicen nicht? Die neue Hansa hat gezankt. Aber positive Vorschläge hat sie nicht gemacht. Jetzt weint der Hansabund über den Tod der Nachlaßsteuer. Aber die Liberalen waren die Totengräber. Die Bewilligung der Erbanfallsteuer machten wir von je von einer besonderen Besteuerung des mobilen Kapitals abhängig. Jetzt fordern wir um so mehr, daß die Börsenumsätze etwas mit dem Beitrage herangezogen werden, der der Kotierungssteuer entspricht. Die Besteuerung der Feuerversicherungspolicen ist unannehmbar.

Reichsschatzsekretär Sydow: Der Vorredner zeigt eine gewisse Voreingenommenheit gegen die Börse. Unsre Haltung zur Kotierungssteuer ist durch die Hansaversammlung nicht beeinflußt. Abg. Raab meinte, die Börse könne 60 Millionen bezahlen. Sie gibt sie nur nicht her. So schlecht sind die Finanzen noch nicht, daß wir alles Geld nehmen müßten, das uns angeboten wird. Wir müssen die Wirkung auf das Wirtschaftsleben prüfen.

Abg. Mommsen (frs. Vgg.) befürwortet die Erbschaftssteuer als einzige Steuer, die dem Staat wirklich Geld bringt, ohne in das Wirtschaftsleben einzugreifen und die immer wachsende Summe liefern muß.

Das Haus vertagt sich.

Politische Rundschau.

Deutschland.

*Kaiser Wilhelm und der Zar, die am 17. d. in den Finnischen Schären zusammentrafen, haben über eine halbe Stunde lang miteinander allein gesprochen. Nach Meldungen aus Petersburg ist der Hauptgegenstand der Verhandlungen die Besprechung verschiedener Balkanfragen gewesen. Ebenso soll die polnische Frage erörtert worden sein. Obwohl es feststeht, daß der Besuch Kaiser Wilhelms nicht nachteilig auf das englisch-russische Abkommen einwirken soll, hat der Zar Versicherungen gegeben, daß sich dieses Abkommen niemals gegen Deutschland richten wird. Die österreichisch-russischen Sondierungen sind ebenfalls verhandelt worden.

*Der Bundesrat hat dem Freundschafts-, Handels- und Schiffahrtsvertrag mit Bolivien seine Zustimmung erteilt.

*Die Finanznot treibt auch in den deutschen Bundesstaaten zu Vorschlägen, die eine besondere Volkstümlichkeit nicht haben. So wurde in der württembergischen Kammer die Erhöhung des Fahrpreises der vierten Wagenklasse regierungsseits vorgeschlagen und zwar von 2 auf 2½ Pf. pro Kilometer. Das Haus verzichtete zwar auf eine Erörterung dieser Frage und beschloß, sie erst zu lösen, wenn es über die Deckung des Fehlbetrags schlüssig geworden habe. Jedoch betonte Ministerpräsident Dr. v. Weizsäcker, daß, wenn die Angelegenheit zur Erörterung kommen werde, er in der Richtung einer Erhöhung des Tarifs der dritten Klasse auf 2½ Pf. unbedingt Stellung nehmen werde.

*Die Dampffähren für die Linie Saßnitz—Trelleborg, die demnächst eröffnet werden wird, sollen nach der Behauptung englischer Blätter alle vier in England gebaut worden sein. Halbamtlich wird dazu erklärt: „Die Meldung englischer Blätter, daß die für den Fähren-Verkehr Saßnitz—Trelleborg auf einer englischen Werft gebaut werden, ist vollkommen falsch. Nach dem Übereinkommen wurden von Deutschland und von Schweden je zwei Dampfer gebaut; die beiden deutschen Schiffe „Deutschland" und „Preußen" wurden vom „Vulkan" in Stettin gebaut; die „Deutschland" ist bereits nach Saßnitz abgegangen. Von den schwedischen Dampfern wurde der eine, die „Königin Viktoria", allerdings in England gebaut. Das zweite Schiff, der „König Gustav V." steht gegenwärtig in Gotenburg, wo er auf einer schwedischen Werft gebaut wurde, seiner Vollendung entgegen.

Österreich-Ungarn.

*Die ‚Neue Freie Presse' meldet aus Berlin, es sei keineswegs feststehend, daß König Eduard in diesem Jahre nach Marienbad gehen werde. In Wiener Hofbeamtenkreisen gilt dagegen als sicher, daß König Eduard nicht nach Ischl zum Besuche Kaiser Franz Josephs kommt.

*Bei der zweiten Lesung des Budgets im österreichischen Abgeordnetenhause traten im Gegensatz zu verschiedenen tschechischen Abgeordneten mehrere Redner für die Erhaltung des Bündnisses mit dem Deutschen Reiche ein, dem man den Frieden zu verdanken habe. — Im Laufe der Debatte wurde die Regierung aufgefordert, dahin zu wirken, daß den Christen in den Balkanländern wirklich die Freiheit des Gewissens und des wirtschaftlichen Lebens gewährt werde.

Der Oberhof.

1] Roman von E. Wilo.*)

Ein grauer, trüber Herbsttag war's; schwer hingen die Wolken am Himmel, kein Sonnenstrahl, kein Stückchen Blau ward sichtbar — es schien, als hätte sich die ganze Natur in einen langen, dichten Trauerschleier gehüllt.

Der Oberhof war ein stattliches Gebäude, er lag auf einer Anhöhe und beherrschte die ganze Gegend.

An den großen Wirtschaftshof schloß sich ein hübscher Garten, in dem noch einige Spätastern und Georginen blühten.

Das Buschwerk, welches die sauber gehaltenen Gänge umsäumte, hatte schon sein Laub verloren, kahl und dürr streckten sich die leeren Äste in die nebelfeuchte Luft — traurig, verödet sah es auch hier aus.

Vom Ende des Gartens her kam langsam ein junges Paar; der Mann trug die Uniform eines österreichischen Infanterie-Regiments.

Mittelgroß, schlank und doch kräftig gewachsen, nahm er sich in der schmucken Leutnantsuniform ganz gut aus.

Das Haar und der üppige Bart waren dunkel, aus dem ganzen Gesicht sprach Intelligenz, gepaart mit einer gewissen Weichlichkeit, die auf Lebenslust und Charakterschwäche deuten ließ.

Das Mädchen an seiner Seite war noch sehr jung; kaum 16 Jahre alt.

In diesem glücklichen Alter braucht man bloß hübsch sein, um reizend genannt zu werden. Zu einer auffallenden Schönheit konnte sich diese Mädchenknospe nie entwickeln, dazu waren die Züge, die etwas stumpfe Nase zu wenig fein, aber der Mund zeigte eine liebliche Weichheit und so frische, süß geschwellte Lippen, daß man darüber so manchen Schönheitsfehler vergessen konnte.

„Sei doch nicht so betrübt, Eva," sagte der junge Offizier in welchem Tone, „die Ärzte machen es immer schlimmer — es steht nicht so schlecht um Mama!"

„Glaubt du, Otto, daß sie wieder aufkommt?" fragte Eva, die tränenfeuchten Augen forschend auf den Bruder richtend.

„Warum sollte es nicht möglich sein?" wich er einer direkten Antwort aus.

Eva klammerte sich krampfhaft an seinen Arm.

„Mein gutes Mutterl verlieren, ich kann den Gedanken nicht ausdenken!" schluchzte sie, „es wäre zu entsetzlich für mich."

Otto schlang seinen Arm tröstend um sie.

Er hatte Mitleid mit dem trostlosen Kinde; ihm ging es nicht so nahe, Frau Holdhaus war seine Stiefmutter, und wenn er auch stets auf gutem Fuße mit ihr gestanden, die Trauer seiner Stiefschwester vermochte er doch nicht so ganz zu teilen.

Herr Holdhaus, der Besitzer des Oberhofes, hatte seine erste Gattin vor zwanzig Jahren verloren.

Er mußte an eine Wiederverheiratung denken, denn seine drei Kinder brauchten eine Mutter und der Haushalt eine tüchtige Hausfrau, denn damals stand es um den Oberhof nicht sonderlich gut.

Seine zweite Wahl war besser als die erste gewesen, die Verhältnisse wurden geregelt und schon nach einigen Jahren zog wieder eine gewisse Wohlhabenheit ins Haus.

Dieser zweiten Ehe entsproß nur ein Kind — Eva. Die Stiefgeschwister vertrugen sich im ganzen gut, nur Mina, die älteste Tochter, konnte sich nicht mit der Stiefmutter einigen.

Sie war schon zehn Jahre alt gewesen, als die zweite Frau ins Haus kam, und fand die neue, strengere Ordnung durchaus nicht nach ihrem Geschmack.

Noch als die Mutter, die stets kränkelte, lebte, hatte die Dienstbotenwirtschaft im Hause geherrscht. Mina erhielt dadurch mehr Freiheit, als für ein Kind ihres Alters gut war — sie spielte sich auch gern auf das Hausfräulein hinaus, und als nun die Stiefmutter ins Haus kam, schlug sie gegen diese einen boshaft impertinenten Ton an, der die energische, unermüdlich tätige Frau tief verletzte.

Frau Holdhaus war schon über die dreißig, als sie heiratete; wenn man einen Witwer mit drei Kindern heiratet, bringt man ohnehin nicht viel Illusionen in die Ehe mit.

Sie besaß ein bescheidenes Vermögen, das sie gerne zur Herstellung der zerrütteten Finanzen hergab; sie hatte auch den ehrlichen Willen, den Kindern ihres Gatten eine gute Mutter zu sein, aber es wurde ihr manchmal recht schwer gemacht, ihren Vorsätzen getreu zu bleiben.

Die zwei Knaben, Otto und Ewald, ließen sich willig leiten, obgleich auch sie in Frau Holdhaus immer nur die Stiefmutter sahen — aber Mina blieb unlenkbar, und nach einigen Jahren des Kampfes kam sie zu Verwandten nach der Stadt.

Nur sehr selten besuchte sie die Eltern, und dann nur für kurze Zeit — Otto kam in die Militärakademie, Ewald in ein landwirtschaftliches Institut, somit blieb Eva allein auf dem Oberhofe — aber eben das frisch aufblühende Mädchen war für Mina ein Dorn im Auge.

Sie zeigte sich nicht gerne in ihrer Gesellschaft, um keine Vergleiche herauszufordern, und da sie es bei den Verwandten in der Stadt ganz gut hatte, entfremdete sie sich immer mehr dem elterlichen Hause. Als Frau Holdhaus krank wurde, blieb Mina in der Stadt, während durch die Pflege der Kranken eine schwere Last auf Evas junge Schultern geladen wurde.

Eva tat, was in ihren schwachen Kräften stand; sie sah sich sogar in der Wirtschaft um, obschon sie wenig Verständnis für dieselbe besaß — denn bisher hatte sie ein glückliches Schmetterlingsdasein geführt, ohne das Wort „Arbeit" in seiner vollen Bedeutung kennen gelernt zu haben.

Rat- und ratlos stand sie manchmal da, wenn die Dienstleute mit allerlei Fragen an sie herantraten. Frau Holdhaus hatte die Führung des Hauswesens bis zum letzten Augenblick selbst besorgt, sie schonte gerne ihr Töchterchen, das ein ausgesprochenes Zeichentalent besaß. Sie ließ Eva lieber sich mit Musik und Zeichnen beschäftigen, und hatte sie von den groben Haushaltungsgeschäften stets fern gehalten.

Nun galt es, der harten Notwendigkeit gegen-

*) Unberechtigter Nachdruck wird verfolgt.